Der Zusammenhang von Sprachform und sozialer Schicht ist ein sehr schwieriges Thema. Schon am Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die von unterschiedlichen sozialen Gruppen verursachte sprachliche Schichtung in mehreren Städten des deutschen Sprachgebietes nachgewiesen. In diesem Zusammenhang stellt sich den Bildungsexperten seit langem die Frage, warum Kinder aus unteren sozialen Schichten beim Aufsatzunterricht meistens schlechter abschneiden als Kinder aus der Mittelschicht. Unterschiedlich entwickelte Sprachformen der sozialen Schichten sollen als Ursache gelten; aus der Sicht des Bürgertums besitze die Sprechweise der Arbeiterschaft Merkmale, die im Widerspruch zum Gebrauch der Schriftsprache stehen. Wer einen solchen Kode als Muttersprache spricht, muss beim Erlernen der Schriftsprache binnensprachlich übersetzen und Sprachbarrieren überwinden.

Die Existenz von schichtenspezifischen Sprachbarrieren ist im Grundsatz nicht anzuzweifeln. Das eigentliche Problem ergibt sich jedoch aus der vorgenommenen Abgrenzung. Bei diesem Aspekt kommt immer die Frage auf, welcher Personenkreis unter das Problem der Sprachbarrieren fällt und welcher nicht. Der Umgang mit der Schriftsprache ist in der Praxis familiär und individuell sehr verschieden, was eine automatische Zuordnung aufgrund der sozialen Herkunft bei den Sprachbarrieren ausschließt. In der organisierten Arbeiterschaft gab es schon immer Bestrebungen, durch schulische Weiterbildung einen etwaigen Rückstand gegenüber dem Bürgertum auszugleichen.

Das Thema der schichtenspezifischen Sprachbarrieren erreichte um 1968 einen Höhepunkt, als die politische Frage aufkam, warum so wenig Arbeiterkinder weiterführende Schulen besuchen. Die damals von Bildungsexperten geführte Diskussion betraf allerdings auch die schulische Situation auf dem Lande. In den vielen kleineren Dörfern war die Zwergschule lange Zeit die Regelschule; mehrere Jahrgänge in den Grund- oder Volksschulen gehörten zu einer Schulklasse. Erste Mittelpunktschulen konnten die schulischen Möglichkeiten verbessern. Wer aber eine weiterführende Schule besuchen wollte, musste sich täglich dem Heer der Pendler anschließen. Gymnasien und Realschulen gab es nur in den Städten. Die in Hessen durchgeführte Reform des Schulsystems bewirkte eine völlige Veränderung der schulischen Situation auf dem Lande mit der Absicht, Standortnachteile abzubauen und Bildungsreserven auszuschöpfen. Diese Entwicklung hatte leider auch Auswirkungen auf das weitere Schicksal der oberhessischen Volkssprache.

Die Schule behandelte den mittelhessischen Großdialekt keineswegs wohlwollend. Aufgrund fehlender oberhessischer Sprachkenntnisse wollten die meisten Lehrer von dieser sehr vokalnuancierten Sprachform nichts wissen. Auch die wenigen Mundartfreunde unter den Lehrern können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die urtümliche Volkssprache auf dem Lande in Mittelhessen vielen Lehrern ein Dorn im Auge war, wenn es um das Erlernen der deutschen Schriftsprache ging. Da die Phonetik keine besondere Stärke der Grundschullehrer ist, scherten sich die meisten nicht um den mittelhessischen Großdialekt, sondern bekämpften übliche Normverstöße beim schematischen Einüben der Schriftsprache. Für die betroffenen Kinder kam es schichtenspezifischen Sprachbarrieren gleich, wenn Schwierigkeiten im Deutschunterricht als Folge der oberhessischen Muttersprache auftraten.

Neu erbaute Mittelpunktschulen und neue Schulformen veränderten die Strukturen in der hessischen Schullandschaft. Einzelne Lehrer sahen sich sogar veranlasst, gegen den weiteren Gebrauch des Oberhessischen als Muttersprache vorzugehen. An Elternabenden wurde besorgten Eltern klargemacht, dass ein Festhalten am Oberhessischen das schulische und berufliche Weiterkommen behindere. Durch das Beseitigen des mittelhessischen Großdialektes sollten alle Sprachbarrieren verschwinden. Das Ganze führte in Wirklichkeit nur zu einer Arbeitserleichterung für die betroffenen Lehrer. Oberhessisch als Muttersprache ging unter, aber die schichtenspezifischen Sprachbarrieren existieren noch immer.

In einer Untersuchung der Schulprobleme dialektsprechender hessischer Kinder hat Joachim Hasselberg, der in Gießen promoviert wurde, die Schwierigkeiten oberhessischer Schüler beim Erlernen der deutschen Schriftsprache aufgezeigt. Diese Feststellungen entstanden allerdings in jener Epoche, die heute schon mindestens drei Jahrzehnte zurückliegt. Als Kernaussage geht jedoch klar hervor, dass die regionalsprachlich bedingten schulischen Probleme nicht automatisch mit den schichtenspezifischen Sprachbarrieren gleichzusetzen sind. Der im Vokalsystem erheblich von der deutschen Schriftsprache abweichende mittelhessische Großdialekt hat regionalsprachliche Wurzeln; ihn als Soziolekt der Unterschichten abzuqualifizieren, wird der sprachlichen Entwicklung nicht gerecht und widerspricht der Sprachwirklichkeit. Daraus kann man den Schluss ziehen, dass ein regionalsprachlicher Unterricht der Sprachpflege dienen kann, wenn er die Authentizität wahrt und auf wissenschaftlich fundierter Grundlage stattfindet.